



Der Zollstreit könnte Helene Budliger überdauern

Die abtretende Seco-Chefin hat die Zollverhandlungen mit den USA geprägt – doch der Druck aus Washington bleibt gross

MATTHIAS BENZ

Vor einigen Monaten hatte Helene Budliger Artieda einen Auftritt am Kongress des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Gleich zu Beginn erklärte sie, sie könne eigentlich nichts zum Zollstreit mit den USA sagen: «Wir wissen, dass in Washington jedes Komma gelesen wird.» Und dann redete Budliger doch drauflos. Sie berichtete, was den Amerikanern in den Verhandlungen wichtig sei und wie der Bund darauf reagieren wolle. Mit Auftritten wie diesem ist Helene Budliger in der Schweiz zum Gesicht für die Zollverhandlungen mit den USA geworden. Für eine Chefbeamten des Bundes tritt sie ungewöhnlich direkt und offen auf. Den Zuhörern vermag sie das Gefühl zu geben, als seien sie selbst bei den Zollverhandlungen dabei. Doch heikle Details gibt die Diplomatin nicht preis.

Umstrittenes «Team Schweiz»

In der Schweizer Wirtschaft wird bedauert, dass die Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) und Chefunterhändlerin Ende März abtreten wird. «Frau Budliger bringt ein überzeugendes inneres Feuer mit», sagt Jean-Philippe Kohl von Swissmem, dem Verband der Schweizer Techindustrie. «Sie hat einen enormen Einsatz geleistet, um für gute Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft zu sorgen.»

Das gelte nicht nur für die Zollverhandlungen mit den USA, sondern auch für andere Gebiete. Vor einem Jahr hat die Schweiz etwa ein Freihandelsabkommen mit Indien in Kraft gesetzt, jüngst ist die Aktualisierung des Freihandelsabkommens mit China gelungen.

Auch andere Wirtschaftsvertreter loben Budligers unkonventionelle Art. Sie habe verstanden, dass man bei der Trump-Administration mit klassischer Wirtschaftsdiplomatie an Grenzen stosse. Im vergangenen Herbst machte das «Team Switzerland» Furore: Mit Bil-

ligung der Bundespolitik sprachen sechs schwerreiche Schweizer Unternehmer beim US-Präsidenten Donald Trump im Oval Office vor und brachten ihm eine Rolex-Uhr und einen Goldbarren mit.

Die Aktion half mit, dass die Schweiz eine Absichtserklärung mit den USA erreichte und der Zollsatz von 39 Prozent auf 15 Prozent reduziert wurde. Doch sie gefiel nicht allen. Grüne und Juso reich-

ten Strafanzeige gegen die Mitglieder der Unternehmerdelegation ein wegen des Verdachts auf Bestechung fremder Amtsträger. Eine Geschäftsprüfungskommission des Parlaments untersucht noch bis Ende Jahr die Hintergründe der Zollgespräche.

Die Frage, wie wichtig Helene Budliger für die Verhandlungen mit der Trump-Administration ist, wird in Wirtschaftskreisen unterschiedlich beurteilt. Ein Vertreter bezeichnet sie als Schlüsselfigur. Budliger auszuwechseln, sei, wie wenn die Schweizer Fussballnationalmannschaft den Spielmacher Granit Xhaka austausche. Das Spiel gehe zwar weiter, aber die Mannschaft müsse sich neu sortieren. Andere Wirtschaftsvertreter betonen hingegen, dass Budliger noch bis Ende März bleibe und es eine geordnete Übergabe des Seco-Chefpostens geben werde. Das Verhand-

lungsmandat sei ohnehin vom Bundesrat vorgegeben und bleibe unverändert. «Der Abgang von Helene Budliger ist ein Verlust für die Privatwirtschaft, weil sie ein offenes Ohr für unsere Anliegen hat», erklärt Rahul Sahgal, der CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer (AmCham). Dennoch sagt er: «Der Wechsel sollte hoffentlich und voraussichtlich keinen signifikanten Einfluss auf die Zollverhandlungen mit den USA haben.»

Die Schweiz sei für die Verhandlungen weiterhin gut aufgestellt. Es gebe direkte Kontakte zwischen dem zuständigen Bundesrat Guy Parmelin und dem

amerikanischen Handelsbeauftragten Jamieson Greer. Auf technischer Ebene verhandelten Dutzende von Beamten mit den Amerikanern über die Details. «Helene Budliger ist in der Schweiz das Gesicht der Zollverhandlungen», sagt Sahgal. «Auf der amerikanischen Seite werden die Schweizer als vielfältiges Team wahrgenommen.»

Zweiter Bericht der Amerikaner

In den Verhandlungen hat die Schweiz einiges erreicht. Nach dem Zollschock vom vergangenen Jahr gelang es, den US-Strafzoll von 39 Prozent auf 15 Prozent zu reduzieren. Die Länder vereinbarten im November eine gemeinsame Absichtserklärung. «Das Joint Statement funktioniert als Arbeitsgrundlage», sagt Sahgal. «Die Schweiz setzt ihren Teil um. Und auch die Amerikaner haben sich bisher daran gehalten.»

Ein Beispiel dafür waren die neuen Zölle, die Trump im Juli auf Basis von Untersuchungen zu angeblicher Zwangsarbeit in den Lieferketten von Handelspartnern verhängte. Auf zahlreichen Schweizer Waren gilt seither ein Zollsatz von 12,5 Prozent. Das ist zwar mehr als die 10 Prozent für EU-Länder, aber immer noch weniger als die Obergrenze von 15 Prozent, die im Joint Statement festgelegt wurde.

«Für die Schweizer Exporteure ist es besonders wichtig, dass sie keinen Zollnachteil gegenüber Konkurrenten aus der EU haben», sagt Jean-Philippe Kohl von Swissmem. «Mit der Differenz von 2,5 Prozentpunkten gegenüber der EU können die meisten unserer Mitgliedsfirmen gerade noch leben, aber mehr sollte es nicht werden.»

Die grosse Frage ist, wie es in den nächsten Wochen weitergehen wird. In Bern und in der Schweizer Wirtschaft wartet man immer noch auf einen zweiten Bericht des amerikanischen Handelsbeauftragten Greer. Darin untersucht er, ob Länder wie die Schweiz mit



industriellen Überkapazitäten den Handel verzerren.

Trump am Zug

Die Trump-Administration dürfte diesen Bericht kaum vor dem Besuch des chinesischen Staatschefs Xi Jinping in Washington am 24. September veröffentlichen. Danach könnte es aber nochmals eine unangenehme Überraschung für die Schweiz geben. Womöglich wird Greer einen weiteren Zollaufschlag für helvetische Güter vorschlagen. Dann ginge es für die Schweizer Seite darum, die Zölle auf die vereinbarte Obergrenze von 15 Prozent herunterzuhandeln.

Eine weitere Unwägbarkeit sind Trumps wiederholte Attacken gegen die tiefen Zinsen in der Schweiz. Diese seien nur möglich, weil sich die Schweiz auf Kosten der USA bereichere, meint der US-Präsident. Trump wiederholte seine Vorwürfe gegen Tiefzinsländer in der Nacht auf Donnerstag in einem Eintrag auf seinem sozialen Netzwerk Truth Social. Womöglich geht es ihm dabei um Innenpolitik. Doch es ist nicht ausgeschlossen, dass er die Vorwürfe auch als Grundlage für einen neuerlichen Zollhammer gegenüber der Schweiz verwenden wird.

Der Bundesrat verfolgt weiterhin das Ziel, aus dem unverbindlichen Joint Statement ein rechtsverbindliches Handelsabkommen zu machen. In der Schweizer Wirtschaft bezweifeln jedoch manche, dass das gelingen wird. Die Eidgenossenschaft habe einen Vorschlag gemacht, nun liege der Ball bei den Amerikanern, heisst es. Alles hänge von Trump ab und von der politischen Grosswetterlage in den USA.

Vielleicht wird es gar nie ein rechtsverbindliches Abkommen geben. Die Schweiz befände sich in den nächsten Jahren in einem Schwebezustand: Solange der US-Zollsatz nicht über 15 Prozent steigt, könnten die hiesigen Unternehmen damit leben. Aber es bliebe die Unsicherheit, ob Washington wieder willkürlich die Zölle erhöht. Mit solchen Problemen müsste sich dann wohl der Nachfolger oder die Nachfolgerin von Helene Budliger herumschlagen.



Die unkonventionelle Art von Helene Budliger wird geschätzt.

ANNICK RAP / NZZ